

08.08.2006

Linke.PDS-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

## Presseerklärung

### Kreisverwaltungschef Lindemann attackiert Arbeitslose

Rolf Lindemann (SPD), Dezernent der Kreisverwaltung und Leiter des Amtes für Grundsicherung und Beschäftigung bringt Hartz IV in Zusammenhang mit Sozialmissbrauch. Er kritisiert fehlende Scham der Antragsteller und Unverständnis von Niedriglohneempfängern über das „relativ komfortable Sozialleistungssystem“. Er beklagt, dass die „alten Hemmungen gegenüber Sozialleistungen“ nicht mehr bestehen und macht „sinkendes Wertebewusstsein“ aus.

Die Linke.PDS Oder-Spree nimmt derartigen Populismus gegen Arbeitslose auch auf Kreisebene nicht hin.

Abgelenkt werden soll vom eigentlichen Problem: Dem millionenfachen Fehlen von Arbeitsplätzen, dem weiteren Arbeitsplatzabbau und den immensen Kosten für ein wachsendes Heer von Langzeitarbeitslosen.

Die Verunglimpfung von Arbeitslosen durch Lindemann ist angesichts tatsächlicher Abzockerei unerträglich und verlogen: „Trennungsgeld“ oder sogenannte „Heimschläfer“ aus dem Speckgürtel sind nur zwei Beispiele.

Sicher gibt es auch Einzelfälle, wo mit Betrugsabsicht und falschen Angaben Sozialleistungen erschlichen wurden. Sie rechtfertigen aber keine Kampagnen für „Hemmschwellen“ bei der Beantragung von Sozialleistungen.

Wir verlangen von Lindemann eine öffentliche Klarstellung, dass es legitim ist, die gesetzlich vorgesehenen Unterstützungsleistungen auch abzurufen. Dazu gehört auch, dass sein Amt Antragsteller zielführend berät.

Das bisherige Herumdoktern an Hartz IV brachte Arbeitslosen keine Verbesserungen, sondern fast ausschließlich Leistungskürzungen und Schikanen. Nachhaltig positive Effekte bei der Senkung der Arbeitslosigkeit waren so erwartungsgemäß nicht zu erzielen.

Da auch Lindemann erkennt, dass Hartz IV nicht funktioniert, empfehlen wir ihm, nicht weiter auf Kosten der Arbeitslosen nun noch mehr Verschlechterungen das Wort zu reden, sondern gemeinsam mit der Linkspartei PDS im Interesse von Arbeitslosen für die Abschaffung dieses verfehlten Gesetzes einzutreten.

Ohne eine öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu tariflichen Bedingungen und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes wird es unter den gegebenen Marktbedingungen auch keine wirksame Arbeitsmarktpolitik geben.

*Eine umfangreichere Auseinandersetzung zum Thema stellen wir Ihnen weiter unten bzw. im Internet zur Verfügung.*

Mit freundlichen Grüßen

i. A. der Fraktion



Bernd Stiller

## Zum Hintergrund – einige Details

### Arbeitspapier der Fraktion

Eine regionale Zeitung (MOZ vom 24.07.) berichtete jüngst über eine Meinungsäußerung des Dezernenten der Kreisverwaltung Rolf Lindemann, der zugleich Leiter des Amtes für Grundsicherung und Beschäftigung ist, zum Thema Hartz IV. Dabei ging es jedoch fast ausschließlich um so genannten Sozialmissbrauch, um angeblich fehlende Scham der Antragsteller und um das Unverständnis von Niedriglohneempfängern über das angeblich komfortable Sozialleistungssystem.

In den letzten Monaten war auf Bundesebene zu beobachten, dass von der Bundesregierung bzw. von CDU und SPD nicht mehr die Arbeitslosigkeit sondern die Arbeitslosen bekämpft werden. In Erinnerung ist Ex-Minister Clement, der vor einem Jahr die Hetz-Kampagne eröffnete und behauptete, ein Heer von Abzockern würde mit krimineller Energie den Sozialstaat ausnehmen. Von Schmarotzern und Parasiten war die Rede. Ein halbes Jahr später musste die große Koalition bekanntlich einräumen, dass sie keinerlei objektive Erkenntnisse über die behauptete Missbrauchsquote von 20 bis 25 Prozent besitze.

Vor zwei Monaten durfte bei „Sabine Christiansen“ Hans-Ulrich Jörges behaupten, Hartz IV macht reich und bequem, hinterher stellt sich raus, seine Zahlen stimmen nicht.

In Erinnerung ist weiterhin die hilflose Mahnung des SPD-Chefs Beck. „Man muss nicht alles rausholen, was geht“, predigte der gute Mann aus Mainz, allerdings nur den Ärmsten. Die Bedürftigen sollen mehr Anstand zeigen! Die anderen machen bekanntlich sowieso was sie wollen.

Das alles war in den letzten Wochen durchdiskutiert worden und die Zeitungskolumnenschreiber waren sich einig: Falsch, verlogen, hilflos.

Und plötzlich taucht der zuständige Dezernent der Kreisverwaltung Oder-Spree, Rolf Lindemann, genau mit diesen Themen einige Wochen später in einem dreispaltigen Bericht der hiesigen Regionalzeitung auf. Er reduziert Hartz IV auf den Missbrauch (wie Clement), er spricht vom „relativ komfortablen Sozialleistungssystem“ (wie Jörges) und beklagt, dass die „alten Hemmungen gegenüber Sozialleistungen“ nicht mehr bestehen (wie Beck).

Diese Fortsetzung eines unsäglichen Populismus nun auch auf Kreisebene in Oder-Spree kann und will die Fraktion der Linken.PDS im Kreistag nicht hinnehmen.

1. Die Kritik an dem angeblichen oder tatsächlichen Sozialmissbrauch soll Ablenken vom eigentlichen Problem: Dem millionenfachen Fehlen von Arbeitsplätzen, dem weiteren Arbeitsplatzabbau und den immensen Kosten für das Millionenheer der Langzeitarbeitslosen. Schuld daran haben aber nicht die Arbeitslosen. Die allermeisten von ihnen wären nur allzu bereit, jede vertretbare Arbeit anzunehmen, wenn sie denn zu finden wäre.

2. Herr Lindemann beklagt fehlende Hemmungen gegenüber Sozialleistungen und SPD-Chef Chufs mahnt, nicht alles rauszuholen, was geht. Wir als Linke.PDS finden das unerträglich und verlogen und erinnern daran, dass es ganz andere sind, die in diesem Land sogar mehr herausholen als gesetzlich und moralisch erlaubt, das Stichwort Trennungsgeldaffäre möge hier reichen (die Größenordnung, um die es dabei geht, zeigt das Beispiel von Clemens Appel, Chef der Staatskanzlei von Ministerpräsident Matthias Platzeck, Appel hatte als Vizepräsident des Landesarbeitsgerichtes 1993/1994 Trennungsgeld für eine Zweitwohnung

in Berlin und für Fahrten zu seiner Lebensgefährtin nach Bonn erhalten. Anfang 2006 gab Appel bekannt, dass er fast 19 000 Euro an die Landeskasse zurückgezahlt habe).

Die Linkspartei.PDS-Fraktion in Oder-Spree verlangt die Klarstellung von Amtsleiter Lindemann, dass es legitim ist, die gesetzlich vorgesehenen Unterstützungsleistungen auch abzurufen. Wir erwarten, dass sein Amt Antragsteller in dieser Richtung sachgerecht berät.

3. Herr Lindemann kommt nicht umhin, auf den Missbrauch der so genannten Hartz IV – Gesetze hinzuweisen, die nicht von den ALG II-Beziehern ausgehen, traut sich da aber nur vorsichtig festzustellen: Arbeitgeber und Vermieter sind „Trittbrettfahrer“ und „mitunter“ werden Arbeitgeber in Komplizenschaft hineingezogen. Hier hätte er durchaus deutlicher aussprechen sollen, was sich in Deutschland abspielt: Fernsehen und Zeitungen berichteten beispielsweise über Fälle beim Berliner Herlitz-Konzern: Herlitz kündigt, Entlassene werden kurz in einer Transfergesellschaft geparkt – mit Kurzarbeitergeld. Das wird mit 60 Prozent von der Arbeitsagentur gesponsert. Den Geschassten wird angeboten, sich bei einer Verleihfirma zu bewerben. Um dann wieder zu ihrem ehemaligen Arbeitgeber Herlitz zurückvermittelt zu werden – als billige Leiharbeiter. Das ist die Wirklichkeit, das sind die gefallenen Hemmschwellen für zweistellige Gewinnsteigerungen. Diese Wirklichkeit der Umverteilung von unten nach oben sollte sich die SPD vornehmen und nicht die Arbeitslosen diffamieren.

4. Das gegenseitige Ausspielen von ALG II Empfängern und Niedriglohneempfängern ist Absicht im neoliberalen Goldtausch. Es geht um das weitere Drücken der Löhne im Interesse höherer Profite. Das ein Dezernent der wenigstens noch in Teilen sozialdemokratisch geprägten Kreisverwaltung sich hier an die Spitze der Verdummungskampagne stellt, verwundert dann doch.

5. Schließlich knöpft sich Herr Lindemann die Selbständigen vor, die sich angeblich „künstlich arm“ rechnen. Abgesehen davon, dass einer „Armrechnung“ durch gesetzliche Vorgaben und Prüfungen des Finanzamtes gewisse Grenzen gesetzt sein dürften, verhöhnt er damit all diejenigen, die von rot-grünen Arbeitmarktexperimenten in die Selbständigkeit geschickt wurden und es nicht geschafft haben, eine tragfähige Existenz aufzubauen. Der Bundesgesetzgeber hat hier sogar einmal vernünftig gehandelt: seit 1. Februar 2006 können sich auch Selbständige gegen Arbeitslosigkeit versichern. Der Oder-Spree-Amtsleiter aber hält einen seinem Uralt-Weltbild fest und beklagt „sinkendes Wertebewusstsein“.

6. Selbstverständlich streitet unsere Fraktion nicht ab, dass es einige wenige Fälle gibt, wo sich mit Betrugsabsicht und falschen Angaben Sozialleistungen erschlichen werden sollen.

Darum sollte sich Herr Lindemann selbstverständlich kümmern. Er soll aber die Finger von Kampagnen lassen, die gegen in Not geratene Selbständige gerichtet sind oder für Hemmschwellen bei der Beantragung von Leistungen werben. Und natürlich um Beschäftigung sollte er sich kümmern.

Abschließend geben wir Herrn Lindemann die Empfehlung, da er erkannt hat, dass die Hartz IV – Gesetze nicht funktionieren, gemeinsam mit der Linkspartei PDS gegen „Hartz IV“ zu streiten.

Hartz IV muss weg, auch das aktuelle Herumdoktern am Gesetz hat nicht zu einem besseren Gesetz geführt, sondern nur Schikanen und Leistungskürzungen für die Betroffenen gebracht. Eine wirksame Arbeitsmarktpolitik braucht die Sicherung einer öffentlich geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu tariflichen Bedingungen und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.